

# Beschlussvorlage

Fachbereich:	FB 22 Jugend, Familie und Senioren	Datum:	07.07.2014
Berichterstatter:	Frau Angelika Sachtleben	AZ:	22
		<b>Vorlage Nr.:</b>	<b>088/2014</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Behandlung</b>
Ausschuss für Jugend und Familie	15.07.2014	öffentlich - Vorberatung
Kreistag	24.07.2014	öffentlich - Entscheidung

## Jugendbeauftragter für den Landkreis Coburg

Anlage: 2

### I. Sachverhalt

Die Kreistagsfraktion der SPD hat beantragt (Anlage 1), einen Jugendbeauftragten für den Landkreis einzusetzen.

Begründet wird der Antrag damit, junge Menschen mehr zu beteiligen, für sie eine anwaltliche Funktion auf Landkreisebene zu installieren und eine der gemeindlichen Ebene analoge Struktur in dem Zusammenwirken von verbandlicher und hauptamtlicher Jugendarbeit und der Kommunalpolitik zu schaffen.

Im Landkreis Coburg sind die Kommunale Jugendarbeit (KOJA) und der Kreisjugendring (KJR) in der Kinder- und Jugendarbeit engagiert. Sie bieten Leistungen wie Ferienmaßnahmen und Einzelaktionen von „Kinder sind Zukunft“ bis hin zur U18-Wahl an und arbeiten überwiegend mit den lokalen Anbietern der Gemeindejugendpflege und den Vereinen und Verbänden zusammen.

Damit wird zwar ein Teil an Kindern und Jugendlichen erreicht. Je älter junge Menschen werden, umso mehr wenden sie sich aber kommerziellen Angeboten zu. Gleichzeitig ist auch zu beobachten, dass den (gemeinnützigen) Anbietern pädagogische Intentionen unterstellt werden, die die jungen Menschen nicht wünschen und Angebote schon deshalb als langweilig oder uninteressant eingestuft werden. In den wenigen persönlichen Kontakten mit Jugendlichen wie z.B. der MORO Zukunftswerkstatt wurde deutlich, dass dies ein Vorurteil ist, dem nur durch direkte Kontakte begegnet werden kann.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel kommt diesem jugendtypischen Verhalten besondere Bedeutung zu.

Dazu hat der bundesweit anerkannte Sozialplaner Dr. Ulrich Bürger in einem Vortrag auf der Gesamtbayerischen Jugendamtsleitertagung 2014 ausgeführt, mit dem demografischen Wandel veränderten sich auch die „Aushandlungsprozesse in den Kommunen, in denen die BürgerInnen aus den Blickwinkeln und den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Lebensphase unterschiedliche Erwartungen und Prioritätensetzungen einbringen.“ Kinder und Jugendliche als rückläufige Bevölkerungsgruppe verlieren an Gewicht und Einfluss, erlangen aber in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung der Gemeinwesen und der Gesellschaft eine bislang in diesem Maße noch nie dagewesene Bedeutung. Sie sind deshalb mehr denn je auf die Unterstützung und Förderung auch durch eine kommunalpolitische Lobby angewiesen.

Gestützt wird diese Position auch von anderen Professionen.

So hält Prof. Dr. Angela Wuttke vom Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin, besonders junge Erwachsene für geeignet, Beteiligung junger Menschen zu organisieren. Das basiert auch auf dem sog. Peer-Ansatz: Besonders Kinder und Jugendliche orientieren sich stärker an Menschen ähnlichen Alters als denen der Elterngeneration.

Jörg Freese, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages, betont, die kommunalen Spitzenverbände hätten sich für eine eigenständige Jugendpolitik ausgesprochen. Die Landkreise sind dabei die „Motoren und Initiatoren, die mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit und für junge Menschen aktiv werden“.

In Anlage 2 ist die Zeitschrift *LandInForm* spezial: Jugend und Regionalentwicklung beigelegt, der entsprechende Fachaufsätze zu entnehmen sind.

Zusammenfassend ist es demnach also notwendig, junge Menschen in ihrer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen und Regionen besonders zu berücksichtigen und zu unterstützen. Dabei kommt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine hohe Bedeutung zukommt und insbesondere junge Erwachsene sind geeignet, junge Menschen anzusprechen.

Die Verwaltung befürwortet deshalb die Einsetzung eines jungen Erwachsenen als Jugendbeauftragten auf Landkreisebene, der

- junge Menschen ansprechen und zur Beteiligung anregen,
- die Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen in der Region Coburg aufgreifen,
- die Bedarfe junger Menschen in die Landkreisentwicklung transportieren
- die Interessen junger Menschen bei allen politischen Diskussionen und Entscheidungen einbringen,
- den Austausch mit den Jugendbeauftragten der Kommunen organisieren und wahrnehmen,
- in der Jugendhilfeplanung mitwirken, sowie
- Veranstaltungen und Maßnahmen mit und für Kinder und Jugendliche anregen und (mit)gestalten

soll.

Er kooperiert dabei eng mit der KOJA und dem Kreisjugendring.

Vorgeschlagen wird, den Kreisrat Kanat Akin in seiner Eigenschaft als jüngster politischer Mandatsträger des Ausschusses für Jugend und Familie als Jugendbeauftragten zu bestellen.

Dem Ausschuss für Jugend und Familie wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

## **II. Beschlussvorschlag**

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreisrat Kanat Akin wird gem. § 42 Abs. 3 der GeschO des Kreistages für die Dauer der laufenden Wahlperiode zum Jugendbeauftragten des Landkreises Coburg bestellt.

III. An FBL – Frau Sachtleben -  
mit der Bitte um Mitzeichnung .....

IV. An GBL – Frau Stadter  
mit der Bitte um Mitzeichnung .....

V. An P 2 – Frau Berger -  
mit der Bitte um Mitzeichnung

.....

VI. WV bei 22

VII. Zum Akt/Vorgang

Landratsamt Coburg

Michael Busch  
Landrat